

Bericht der PiA-Landessprecher*innen zur 71. Delegiertenversammlung
Olga Dragunowa (PP), Anke Hackenschmidt (Stellvertreterin PP)
Betteke van Noort (KJP), Katrin Spiegler (Stellvertreterin KJP)

Seit der 70. Delegiertenversammlung waren die Aktivitäten der PiA-Sprecherinnen weiterhin der Reform des Psychotherapeutengesetz (PsychThG) und zusätzlich der Musterweiterbildungsordnung der BPTK (MWBO) gewidmet. Darüber hinaus engagierten sich die PiA-Sprecherinnen in den letzten Monaten im Rahmen der Ausschüsse VS, AFW, BO, QS, KJP und der Gleichstellungskommission mit Redebeiträgen und Vermittlung der PiA-relevanten Themen sowie deren Blickwinkel.

10.09.2019 PiA-Forum

Als Vertreterin der PiA-Landessprecherinnen nahm Dr. Katrin Spiegler am PiA-Forum teil. Dadurch wurden die Vernetzung zwischen Berliner PiA gestärkt und ein Informationsfluss beschleunigt. Wichtige Themen in Bezug zu Entwicklungen des Psychotherapeutengesetzes wurden hier vermittelt und entsprechende Fragen der anwesenden PiA beantwortet. Es wurde über Aktionen der PiA-Protest-AG berichtet (Kontakte zu Abgeordneten/ Unterschriftenübergabe wegen des Einstellungsstopps der Charité-Universitätsmedizin Berlin/ Gehaltsverhandlungen bei Vivantes). Es wurde auf die Teilnahme bei der Umfrage zum Klinik- und Institute-Vergleich bis Anfang Oktober hingewiesen. Zudem wurde der bundesweite PiA-Soli-Tag am 13.11.2019 vorbereitet.

23. und 24.09.2019 Bundeskonferenz PiA (BuKo PiA)

Am 23. und 24. September 2019 fand die 21. BuKo PiA auf Einladung der BPTK in Berlin statt. Es nahmen insgesamt 15 PiA-Landessprecher*innen aus 11 Landeskammern teil. Das Interesse der PiA-Landessprecher*innen an einem bundesweiten Austausch ist weiterhin ungebrochen. Aus Berlin nahmen Dr. Betteke van Noort als Teil des BuKo-Sprecherteams und abwechselnd Olga Dragunowa und Anke Hackenschmidt teil. Neben einer neuen Geschäftsordnung waren die zentralen Themen die Reform der Psychotherapeutenausbildung und die Weiterbildungsordnung. Darüber hinaus wurde der Bericht der BuKo PiA zum 35. Deutschen Psychotherapeutentag vorbereitet. Im Anschluss an diese Sitzung im September wurde durch die BuKo PiA auf Aufforderung des BMGs eine ausführliche Stellungnahme zur Approbationsordnung verfasst.

24.10.2019 "Reform der Psychotherapieausbildung: Stand und Perspektiven"

Diese Informations- und Diskussionsveranstaltung des Ausschusses Aus-, Fort- und Weiterbildung der PtK Berlin enthielt Kurzvorträge zur Reform der Psychotherapieausbildung aus verschiedenen Perspektiven. Die Referenten waren Prof. Dr. Thomas Fydrich, Dr. Manfred Thielen, Dr. Johannes Klein-Heßling und Alfred Luttermann. Olga Dragunowa referierte zur Perspektive des Nachwuchses. Sie wies darauf hin, dass weiterhin kein sozialrechtlicher Status für PiA vorgesehen ist. Positiv zu bemerken ist hier, dass die neue Weiterbildung die Sicherung des sozialrechtlichen Status für PiW ermöglicht. Die gesetzlich festgesetzte Aufwandsentschädigung für PiA in Höhe von 1000€ in Vollzeit für das PT1 bedarf weiterer Nachjustierung. Es bleibt unklar, ob die 1000€ (finanziert aus dem Bundespflegesatz) angelehnt an die PsychThApprO für 25-30 Wochenstunden arbeitende PiA voll gezahlt wird. Hinter einem angemessenen Gehalt für PiA entsprechend der Qualifikation (EG13) bleibt die Regelung weit zurück. Zudem gibt es noch keine Regelung für die Bezahlung im

PTII und die Aus-/Weiterbildungskosten müssen weiterhin von PiA/PiW selbst getragen werden. Auch die Regelung mit der Auszahlung von mind. 40% des Honorars an PiA/PiW während der Ambulanzzeit ist aus Sicht des Nachwuchses nicht ausreichend, um Lebenshaltungs- und Aus-/Weiterbildungskosten zu tragen. Bedeutsam scheint die Beauftragung des GBA Mindestanforderungen für die Ausstattung stationärer Einrichtungen mit für die Behandlung erforderlichem psychotherapeutischem Personal, da dies eine Etablierung des psychotherapeutischen Berufsstandes in den Kliniken ermöglicht.

Abschlussbewertung zum Gesetzesbeschluss am 8.11.2019

Aus Sicht der PiA-Vertretung sind zentrale Aspekte im aktuellen Gesetzesentwurf verfehlt worden:

1. Fehlende Verbesserung der finanziellen Situation der PiA:
Mit mind. 1000€ in Vollzeit für die PT I sowie mind. 40% des Honorars für ambulante Behandlungen ohne Schulgeldfreiheit legitimiert der Gesetzgeber die prekäre Situation der PiA
2. Keine Klärung des sozialrechtlichen Status der PiA
3. Fehlende Schaffung einer rechtssicheren Berufsbezeichnung für PiA
4. Fehlende Verpflichtung der Ausbildungsstätten nach §6 PsychThG 1998 zur Einhaltung der Übergangsfrist
5. Fehlende Lösung für Probleme in der Übergangszeit der beiden Parallelsysteme (PiA/PiW)
6. Inadäquates Finanzierungskonzept der ambulanten Weiterbildung
7. Fehlende Gleichstellung der Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen (KJP)

Alle wichtigen Chancen, wirkliche Verbesserungen für PiA herbeizuführen, wurden vertan. Die prekäre Situation der PiA wird fortgeschrieben. PiA und Studierende werden daher bundesweit weiterhin unermüdlich für die Nachbesserung dieser Aspekte eintreten und hoffen dabei auf die volle Unterstützung des Berufsstandes. Eine gemeinsame Stellungnahme des PiA-Politik-Treffens, der Bundeskonferenz PiA und der Psychologie Fachschaften Konferenz zur Verabschiedung des PsychThG finden Sie unter:

https://piapolitik.de/wp-content/uploads/2019/11/Stellungnahme_PsychThG_BuKo_PPT_PsyFaKo.pdf

Wir setzen uns dafür ein, dass diese Situation für die letzte Generation PiA und die zukünftigen PiW nicht erneut 20 Jahre andauert, bis Verbesserungen eintreten.

Die PiA-Vertretung,

Olga Dragunowa (PPiA), Anke Hackenschmidt (PPiA), Betteke van Noort (KJPiA), Katrin Spiegler (KJPiA)